

TRIBÜNE



PB-PP | B-00802
BELGIE(N) - BELGIQUE

SEPTEMBER 2022

CGSP - AZÖD

FGTB ÖFFENTLICHER DIENST
Gemeinsam stark

DOSSIER S. 4-7

DIE ENERGIEKRISE **EIN AUFGELADENES THEMA**



LEITARTIKEL S. 3
Es werden Frauen
sterben...



KULTUR – BÜHNENKUNST S. 8
Der "Künstlerstatus": ein echter
sozialer Fortschritt?



RENTEN S. 12
Drei neue Maßnahmen

INHALTSVERZEICHNIS ■■■

- 3 **LEITARTIKEL**
Es werden Frauen sterben...
- 4 **DOSSIER**
Energieversorgung
- 8 **KULTUR – BÜHNENKUNST**
Der "Künstlerstatus": ein echter sozialer Fortschritt ?
- 9 **MOBILITÄT**
Der öffentliche Dienst muss sich den Herausforderungen der Umwelt und überlasteter Verkehrsnetze stellen
- 10 **ZURÜCK ZU DEN URSPRÜNGEN**
Sonnenfinsternis
- 11 **UNSERE RECHTE**
Auch Belgien steht im Fokus
- 12 **RENTEN**
Drei neue Maßnahmen



CGSP - AZÖD

FGTB ÖFFENTLICHER DIENST

Gemeinsam stark



ES WERDEN FRAUEN STERBEN...

Im vergangenen Juni hat der Oberste Gerichtshof der USA das Recht auf freiwilligen Schwangerschaftsabbruch ernsthaft in Frage gestellt.

In die offiziellen Geschichtsbücher wird eingehen, dass genau dieser Oberste Gerichtshof der USA im Jahr 1973 im Urteilspruch zum Fall Roe vs. Wade nach einem langen Rechtsstreit, der in Texas begonnen hatte, das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen für verfassungswidrig erklärte. Damals lag es im Ermessen der einzelnen Bundesstaaten, Schwangerschaftsabbrüche zu erlauben oder zu verbieten, und nur in zwei von ihnen waren Abtreibungen erlaubt.

Man darf dabei jedoch nicht vergessen, dass dieses Urteil damals nur dank der Jahrzehnte andauernden feministischen Kämpfe zustande kommen konnte. Ohne diese Mobilisierung, ohne den Ungehorsam und den Mut dieser Aktivistinnen hätte der amerikanische High Court höchstwahrscheinlich niemals diesen Beschluss gefasst.

Eine fragile Errungenschaft

Dieses Urteil stieß bei den Vertretern der traditionalistischen und religiösen Rechten von Anfang an auf Ablehnung, und Donald Trump versprach in seinen Wahlkämpfen dessen Aufhebung. Trumps Ernennung sehr konservativer Richter am Obersten Gerichtshof führte schlussendlich dazu, dass sich das Kräfteverhältnis so sehr verlagerte, dass das Recht auf Abtreibung in Frage gestellt wurde.

Seit der Aufhebung des Urteils Roe vs. Wade haben bereits 13 Staaten Abtreibungen wieder verboten. Andere haben beispielsweise Gesetze erlassen, die den Zugang dazu einschränken. In diesen Staaten haben große Kliniken, Abtreibungszentren und Organisationen, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung finanzieren, aufgehört, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten oder die Kosten dafür zu erstatten.

Frauen werden sterben

Mehr als eine Entscheidung, die auf religiösen Grundlagen beruht, ist die Aufhebung des Urteils von 1973 in erster Linie die Entscheidung einer Klassenjustiz.

Um sich davon zu überzeugen, genügt es, den Bericht von Amnesty International zu lesen. So sind illegale Abtreibungen, die unter fragwürdigen sanitären und medizinischen Bedingungen durchgeführt werden, weltweit die dritthäufigste Ursache für Müttersterblichkeit. Das Urteil des Obersten Gerichtshofs wird somit das Leben von Frauen aus der Arbeiterklasse und von hilflosen jungen Mädchen, die nicht über die Mittel für einen sicheren Eingriff verfügen, direkt in Gefahr bringen.

Angesichts der Tatsache, dass weltweit eine von vier Schwangerschaften mit einer Abtreibung endet, ist es dringend erforderlich, allen Frauen das Recht auf eine sichere, medizinisch unterstützte und kostenlose Abtreibung zuzuerkennen, deren Verfahrensweisen nichtdiskriminierend oder stigmatisierend sind. Etwas allgemeiner formuliert: Es ist notwendig, das Recht, frei über den eigenen Körper verfügen zu dürfen zu einem Menschenrecht zu machen.

Die Geschichte der Emanzipationskämpfe

Hinter der Aufregung, der Empörung und der Wut, die diese Entscheidung hervorruft, wird unterschwellig die populäre Geschichte der Emanzipationskämpfe geschrieben, zu denen auch die feministischen Kämpfe gehören.

Die Geschichte der sozialen Errungenschaften kann nicht anhand von Gesetzestexten, Parlamentsdebatten oder Gerichtsurteilen erzählt werden. Denn diese Texte bilden immer nur die konkrete Umsetzung eines Kräfteverhältnisses ab, das sich in der Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt manifestiert.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA erinnert uns daran, dass die Eroberung sozialer Rechte immer mit sozialen Kämpfen und der Bildung eines bestimmten Machtverhältnisses zusammenhängt. Aber auch darüber hinaus darf ein Militant niemals nachlassen, und das Durchsetzen neuer Rechte geht unweigerlich mit der unnachgiebigen Verteidigung früherer Errungenschaften einher.

dieser Kämpfe für die Nachwelt zu sichern, bedeutet in erster Linie, die Geschichte derjenigen zu schreiben, die sie ausgefochten haben. Diese Geschichte zu erzählen bedeutet, Widerstandskämpfende, Streikende, antifaschistische Aktivisten, die Entkolonialisierungsbewegung, Bürgerrechtsaktivisten, Feministinnen ... zu feiern.

Es bedeutet ferner, daran zu erinnern, dass hinter Martin Luther King, hinter Salvador Allende und hinter Thomas Sankara immer ein Volk stand – erhobenen Hauptes - und dass, heute genauso wie in der Vergangenheit, eben dieses in Bewegung befindliche Volk Geschichte schreibt.

Patrick LEBRUN, *Generalsekretär, IRW-CGSP*

Laurent PIRNAY, *Stellvertretender Generalsekretär IRW-CGSP*

DIE ENERGIEVERSORGUNG, EIN AUFGEKLAGENES THEMA

Noch nie waren die Strompreise auf dem europäischen Kontinent so hoch wie heute. Eine solche Energiekrise ist sicherlich der richtige Zeitpunkt, um die - in vielerlei Hinsicht problematische - Lösung der "kommunizierenden Zähler" zu hinterfragen.

Waren die Neuigkeiten auf dem Strommarkt Anfang Juli schon nicht sehr rosig, vor allem aufgrund des Ukraine-Kriegs, so hat sich die Lage auf dem europäischen Kontinent angesichts der Hitzewellen (und der Plural ist bewusst gewählt) im Sommer 2022 nur noch weiter zugespitzt.

DIE LAGE IN EUROPA

06.07.2022: Die französische Regierung kündigt ihre Absicht an, die - insbesondere durch die Nachrüstung ihres in die Jahre gekommenen Atomparks und den "Energieschutzschild", den die Regierung aufgespannt hat, um die Rechnungen der Franzosen zu senken - hoch verschuldete EDF (Électricité de France) zu 100% wieder zu verstaatlichen. Fast die Hälfte der französischen Atomkraftwerke ist entweder aufgrund von Wartungsarbeiten oder wegen Korrosionsverdacht abgeschaltet, wodurch die Gesamtkapazität der Stromerzeugung entsprechend sinkt. Frankreich, ursprünglich ein Stromexportland, ist seit 2022 Nettoimporteur und erlebt einen historischen und in 30 Jahren nie dagewesenen Rückgang der Stromerzeugung, der alle europäischen Länder, die nur noch halb so viel französischen Strom importieren, stark beunruhigt.

19.07.2022: Die belgischen Atomreaktoren Doel 1 und 2 dürfen wegen der hohen Temperatur der Schelde - die unter den Auswirkungen der Hitzewelle leidet und mit der Einleitung von Kühlwasser aus den Reaktoren in den Fluss 32 C° überschreiten würde - nur mit halber Kraft laufen.

20.07.2022: Am Tag nach dem heißesten Tag, der jemals im Vereinigten Königreich gemessen wurde, rettet Belgien über seinen Stromübertragungsnetzbetreiber Elia die Stadt London vor dem Blackout, indem es über das Unterseekabel Nemo Link, das die beiden Länder verbindet, eine Stunde lang die Strommenge exportiert, die dem Verbrauch einer Millionenstadt entspricht. Wäre Belgien nicht zu Hilfe gekommen, wäre der britische Netzbetreiber gezwungen gewesen, die Nachfrage durch die Abschaltung von Haushalten zu steuern. Der Preis für diese Maßnahme war rekordverdächtig: Um Zugriff auf diesen Strom zu erhalten, mussten die Briten pro Megawattstunde rund 5000% mehr zahlen als üblicherweise.



GASPREIS: Warum steigen die Preise bei den Nachbarn weniger schnell?

03.08.2022: Nach mehrjähriger Planung des Atomausstiegs erwägt Deutschland aufgrund von Schwierigkeiten bei der Versorgung mit russischem Gas, die Laufzeit seiner letzten drei aktiven Kernkraftwerke zu verlängern.

09.08.2022: Norwegen bereitet sich darauf vor, seine Stromexporte zu reduzieren, obwohl es mittlerweile zum größten Exporteur von Strom nach Europa und an Frankreichs Stelle aufgerückt ist, dessen alternder Atomstrompark Sorgen bereitet.

10.08.2022: Im Vereinigten Königreich hat sich die Anzahl der unbezahlten Stromrechnungen innerhalb eines Jahres verdreifacht, und deren Höhe beträgt 1,3 Milliarden Pfund. Das ist ein Rekord und ein Zeichen dafür, wie stark die Bürger von den steigenden Energiekosten betroffen sind. Und für Oktober 2022 und Januar 2023 werden noch weitere Preiserhöhungen erwartet. Als Folge davon haben sich Tausende Briten einer Bewegung des zivilen Ungehorsams "Don't Pay" angeschlossen und weigern sich, nach dem 1. Oktober ihre Energierechnungen zu bezahlen.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

Sollten Sie sich Sorgen um die Gas- und Heizölpreise gemacht haben, so ist das nichts im Vergleich zu dem, was uns im Stromsektor erwartet, wie dieser Rückblick auf den europäischen Sommer zeigt. Das Thema ist mehr als spannungsgeladen. Doch die Debatten über die Strompreise sind nur die Spitze des Eisbergs. Diese Presseschau zeigt, dass:

1. Die Rolle der öffentlichen Hand in der Stromerzeugung bei unseren französischen Nachbarn wieder zu einem politischen Thema geworden ist. In Belgien hingegen befindet sich der gesamte Sektor in Händen privater Akteure - große Unternehmen oder kleine Genossenschaften (wo der Preis nur zum Teil reguliert wird) . In einer Zeit, in der die ökologische Ausrichtung alle Debatten monopolisiert (im wahrsten Sinne des Wortes), ist das Modell eines Staates, der nur regulierend eingreift, nicht mehr vertretbar. Nein, die Liberalisierung des Energiemarktes hat nicht zu niedrigeren Preisen geführt, ganz im Gegenteil. Wann wird es einen öffentlichen wallonischen oder belgischen Energiepool geben, der dringend einen Strominvestitionsplan für Belgien aufstellt? Und der sich nicht damit begnügt, private Akteure zu subventionieren, denn wenn es in Belgien eine große Anzahl an Projekten für erneuerbare Energien gibt, dann doch nur, weil der Staat sie bezuschusst, sie jedoch dann privaten Händen überlässt (Bsp. Ausschreibungen für Windparks u. a.). Wie bei den famosen öffentlich-privaten Partnerschaften werden Risiken kollektiviert, die Gewinne jedoch privatisiert.
2. Wenn wir weniger Strom erzeugen (z. B. durch die ersatzlose Abschaltung der Kernkraftwerke oder durch die Abschaltung der Hälfte der Kernkraftwerke aufgrund von Wartungs- und Reparaturarbeiten, wie in Frankreich), müssen wir Strom aus europäischen Ländern importieren, der in fossilen oder nuklearen Kraftwerken erzeugt wird, was jedoch aufgrund der politischen Entscheidungen Norwegens zunehmend gefährdet ist. Auf jeden Fall würden wir mit einem sehr starken Preisanstieg konfrontiert, der sich auf den Endpreis auswirken würde.
3. Der Stellenwert der Kernenergie im Energiemix (zwischen Atom, fossilen Ressourcen und erneuerbaren Energien) ist als Thema erneut aufgeflammt. Abgesehen von den Risiken (u. a. Strahlenstörfälle u.a. bei der Lagerung radioaktiver Abfälle) geht es um die Unabhängigkeit in der Stromversorgung der Bürger und Unternehmen eines ganzen Landes (und das damit verbundene Risiko einer Stromknappheit). Dieser Mix trägt auch der technischen Parameter Rechnung, die einzelne Stromquelle kennzeichnen. So ist die Reihenfolge, in der die Stromquellen im belgischen Netz genutzt werden, eine politisch getroffene, aber keine strategische Entscheidung. An erster Stelle steht die erneuerbare Energie (eine modulierbare Energie), dann die Erzeugung von Atomstrom (eine Energie, die schwieriger modulierbar ist). Wäre es nicht logischer, zuerst die nicht modulierbare Energie (also die Kernenergie) und dann die modulierbare Energie, d. h. die erneuerbaren Quellen, zu nutzen? Solche politischen Entscheidungen sollten auf Ebene einer wahrhaftig staatlichen Energiebehörde gefällt werden.
4. Im europäischen Stromnetz, das bereits durch die drohende Gasknappheit, welche die Strompreise in die Höhe treibt (da beide Energieträger auf den Märkten miteinander verbunden sind), stark erschüttert wurde, bricht aufgrund der seit Anfang des Jahres anhaltenden Dürre die nationale Stromproduktion zusammen. Der Klimawandel und insbesondere die in unseren Breitengraden immer länger anhaltenden und wiederkehrenden Trockenperioden verringern die Stromerzeugungskapazität jener Energieträger, die sich nicht an diese Hitze anpassen können. Unter den erneuerbaren Energien ist auch die Windkraft von solchen Hitzeperioden ohne Wind und daher ohne Erzeugung betroffen.
5. In all den sommerlichen Energiedebatten gibt es ein Thema, das manchmal in Vergessenheit gerät, nämlich die Energiearmut, die einen immer größeren Teil der Bevölkerung betrifft. Und hierbei geht es nicht mehr nur ums Heizen, was angesichts der steigenden Preise bereits für viele eine Herausforderung darstellt, sondern mittlerweile auch darum, das Licht anzuschalten, Wäsche zu waschen, Lebensmittel kühl zu lagern, zu kochen, das Internet zu nutzen, das Handy aufzuladen... Welche politischen Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die am stärksten gefährdeten Menschen zu schützen?
6. Letztendlich sind eine drohende Verknappung und die Abschaltung von Teilen des Netzes mehr als real und betreffen nicht mehr nur die langen, harten Winter. Die großen Hitzewellen haben den Stromverbrauch durch Klimaanlage vervielfacht. Diese lösen aber die Probleme nicht; sie kühlen nur die Innenräume, heizen hingegen die Außenluft auf, wodurch der Hitzewelleneffekt noch verstärkt wird. Ein Blackout ist nun das ganze Jahr über möglich, London ist ihm in diesem Sommer nur knapp entgangen. Diese Angst hat zweifellos die schrittweise Einführung von "smarten Zählern" auf europäischer Basis begünstigt, die im Bedarfsfall gezielte Lastabwürfe steuern könnten.

1. <https://dontpay.uk>.

2. Der Verkaufspreis für Strom setzt sich aus der Addition der Kosten aus vier Aktivitäten zusammen, die den Strom in die Haushalte und Unternehmen bringen: Erzeugung (Kraftwerke, Photovoltaik, Windkraft), Übertragung (Elia auf Föderalebene), Verteilung (die wallonischen VNB Resa, Ores) und schließlich die Lieferanten (siehe Kasten für weitere Informationen). Nur die Kosten für die Übertragung und Verteilung werden im Falle von Elia von der CREG und im Falle von Resa und Ores von der CWAPE reguliert.

„KOMMUNIZIERENDE“ STROMZÄHLER" DIE RETTER IN DER NOT?

Solche Zähler firmieren auch unter der Bezeichnung "intelligente/smarte Zähler". In Belgien nennt man sie aber eher "kommunizierende Zähler". Es handelt sich dabei um elektronische (und nicht mehr elektromechanische) Zähler, die Stromverbrauchsdaten in Echtzeit sammeln und übertragen und im Gegenzug Informationen oder Ausführungsbefehle erhalten können. Ein Erlassentwurf der wallonischen Regierung zu diesem Thema wurde dem wallonischen Wirtschafts- und Sozialrat zur Stellungnahme vorgelegt.

Im Mai dieses Jahres hat das wallonische Parlament bereits ein Dekret verabschiedet, in dem die Begriffe "aktive Kunden" und "Energiegemeinschaften" auf dem regionalen Energiemarkt eingeführt wurden. Die Mehrheit unterstützte den Text, die Partei Les Engagés stimmte dagegen und die PTB enthielt sich der Stimme. Dieser Text wird zu einer Vermehrung von Zeitfenstern für den Energieverbrauch führen (anstelle des traditionellen Zwei-Stunden-Zählers), und Anreize schaffen, mehr zu verbrauchen, wenn die Produktion erneuerbarer Energien am höchsten und die Nachfrage am niedrigsten ist. Von welchen Anreizen ist hier die Rede? Von variablen Stromtarifen je nach Tageszeit: Wenn ein großer Teil der Bevölkerung aus der Schule und von der Arbeit nach Hause kommt, hat der höhere Verbrauch Auswirkung auf den Strompreis, der dann steigt.

Die Verteilernetzbetreiber (VNB) sind dafür zuständig, die Nachfrage der Verbraucher mit dem variablen Angebot der Erzeuger auf dem Markt für lokale und zeitweilige Energiequellen (Wind- und Solarenergie) in Einklang zu bringen. Im Gegenzug für einen niedrigeren Tarif könnten die Haushalte bereit sein, ihrem VNB zu erlauben, die Stromzufuhr ferngesteuert zu unterbrechen oder die Amperezahl zu verringern. Dies versteht man dann als "aktiver Kunde": ein Kunde, der individuell Verantwortung wahrnimmt, da wo der VNB seine kollektive Verantwortung nicht wahrnimmt. Denn zur korrekten Umsetzung des erneuerbaren Energiemix hätte man das häusliche Niederspannungsnetz durch größere Kabelquerschnitte verstärken müssen. Dies ist jedoch eine teurere Investition als die Installation der kommunizierenden Zähler - die über Wellen, über Mobilfunkmasten oder über Telekom-Kabelnetze funktionieren. Anstelle der Anpassungsarbeiten durch den VNB passiert die Netzregulierung auf Kosten der Bürger.

BEGRÜNDETE BEFÜRCHTUNGEN

Das im Dekret benutzte Argument der Flexibilität bei der Planung des Stromverbrauchs zu bestimmten Zeiten, wirft Fragen auf. Ist es der kommunizierende Zähler, der uns vorschreiben wird, zu welchen Zeiten wir verbrauchen dürfen? Vor allem, da mittlerweile die Risiken von Stromabschaltungen im Zusammenhang mit gedrosselter Stromerzeugungskapazität bekannt sind (insbesondere im Fall der Stilllegung belgischer Kernkraftwerke). Aber es geht

auch um Überproduktionsperioden privater Kleinerzeuger mit Photovoltaikmodulen: Könnte der kommunizierende Zähler den Wechselrichter (der die von den Modulen erzeugte Energie an das Stromnetz weiterleitet) abschalten, wenn der erzeugte Strom im Netz nicht benötigt wird? Und wie würde sich diese Flexibilität auf den künftigen Strompreis auswirken? Die Versorger könnten "A la carte"-Tarife anbieten, die sich nach den Schwankungen des Strompreises im Tagesverlauf richten. Die Liberalisierung hat nicht für niedrigere Preise gesorgt, inwiefern sollten Viertelstundentariife billiger oder besser reguliert sein?

Die kommunizierenden Zähler führen darüber hinaus zu einem Abbau von Arbeitsplätzen, da die Zählerstände nicht mehr von einem Angestellten abgelesen werden, der zu Ihnen nach Hause kommt, sondern direkt an den Betreiber gesendet werden.

Indem sie so genaue Informationen über die Verbrauchsdaten eines Haushalts sammeln, um sie an einen externen Betreiber weiterzugeben, gefährden die kommunizierenden Zähler den Schutz der Privatsphäre. Wie kann die Vertraulichkeit dieser Daten gewährleistet werden? Wer hätte Zugang zu diesen streng privaten Informationen, die Lebensgewohnheiten offenbaren? Wie lange würden diese Daten gespeichert werden und wo (im besten, aber weniger plausiblen Fall auf einem Online-Server in Europa)? Wie sicher wären die Zähler und die übermittelten Informationen? Könnte ein einfacher Hacker in einen kommunizierenden Zähler eindringen und dessen Verbrauchsdaten lesen oder sogar verändern? Und wie viel



Crédit photo : ORES



3. Siehe Stellungnahme Energie.22.07.AV des Energieausschusses des EWSA: <https://www.cesewallonie.be>.

Raum bleibt noch für die Entscheidung des Bürgers?

WER SIND DIE AKTEURE AUF DEM BELGISCHEN STROMMARKT?

Die Erzeuger → Die Stromerzeugung in Belgien basiert auf einem Energiemix – es gibt mehrere nebeneinander existierende Stromerzeugungsquellen: fossile Energieträger (Gas, Kohle), erneuerbare Energieträger (Photovoltaik, Windkraft, Biomasse...) und Kernenergie. Die Mehrheit der Energie wird aus Kernenergie gewonnen, gefolgt von Gas, dann Solarenergie und schließlich Windkraft (Onshore und Offshore).⁴

Die von Ihnen bezahlten Lieferanten → Diese kaufen beim/ bei den Erzeuger(n) die Energie ein, die sie zu einem regulierten Preis an die Verbraucherkunden (Privatpersonen und Unternehmen) weiterverkaufen. Infolge der Liberalisierung des Energiemarktes kann der Kunde seinen Lieferanten frei aus rund 15 in Belgien zugelassenen Lieferanten, die in einer oder mehreren Regionen tätig sind, auswählen. Engie beliefert über 43 % der wallonischen Kunden.

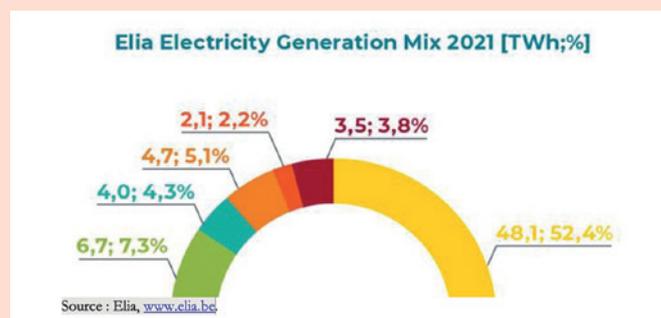
Der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) → Er sorgt für den Transport der Energie vom Stromerzeuger hin in die Verteilungsnetze, er verwaltet und wartet das Netz der Strom transportierenden Hochspannungsleitungen. Die Föderalregierung hat Elia zum einzigen ÜNB für Elektrizität ernannt. Denn die hohen Investitionen, die für den Bau des Netzes erforderlich sind, erfordern einen Ausstieg aus dem Wettbewerb. Nützliche Klarstellung: Die europäischen Übertragungsnetze sind miteinander verbunden, es gibt also ständige Verbindungen und einen ständigen Energieaustausch zwischen Nachbarländern.

Die Verteilungsnetzbetreiber (VNB) → Ihre Hauptaufgabe ist der Betrieb und die Wartung der lokalen Stromnetze, die den Strom über Mittel- und Niederspannungsnetze bis hin zu den Endverbrauchern transportieren. VNB

sind regulierte und beaufsichtigte Einrichtungen, die häufig in Form von Interkommunalen zusammengeschlossen sind. Sie haben daher eine Monopolstellung in dem ihnen zugewiesenen Gebiet. Je nach Anschrift hängen Sie somit von einem VNB ab und können diesen nicht frei wählen.

Die Regulierungsbehörden → Da einige Akteure über ein gesetzlich verankertes Monopol verfügen, wurden sowohl auf föderaler als auch auf regionaler Ebene Einrichtungen geschaffen, die den Energiemarkt überwachen und regulieren.

Die CREG, d.h. die Kommission für Strom- und Gasregulierung (www.creg.be), wird auf föderaler Ebene tätig, insbesondere in der Beratung der öffentlichen Behörden, sie sorgt für die Einhaltung von Transparenz und Wettbewerb auf den Strommärkten und legt den Sozialtarif fest. Die CWAPE, die Wallonische Energiekommission (www.cwape.be), ist auf regionaler Ebene tätig und hat die Aufgabe, die wallonischen Behörden zu beraten. Sie legt insbesondere die Tarife fest, die sich somit je nach Region unterscheiden, da jede Region über eine eigene Regulie-



rungsbehörde verfügt.

4. Elia, Pressemitteilung - "Strommix 2021 in Belgien", 7. Januar 2022, www.elia.be. Um den belgischen und europäischen Energiemix in Echtzeit abzurufen, siehe <https://app.electricitymaps.com/zone/BE>.



DAS „KÜNSTLERSTATUT“ EIN ECHTER SOZIALER FORTSCHRITT ?¹

Im Mai 2022 haben wir in den Medien und an einigen Kulturstätten in Belgien ein großes Schaulaufen von Politikern erlebt, die uns glauben machten, dass es ab September 2022 ein echtes und ehrenhaftes Statut für die Arbeit im Bereich der Künste geben würde. Diese Tournee trug den Titel "Wita on tour"! Sowa denkt sich keiner aus!

Leider entsprechen die von der Föderalregierung in erster Lesung verabschiedeten Gesetzesentwürfe nicht dem in den Medien zur Schau gestellten politischen Enthusiasmus. Sie entsprechen weder dem Geist des WITA-Papiers (WITA = working in the arts, Anm. d. Übers.) noch der Meinung der CNT...

Die drei für dieses Dossier zuständigen Minister baten die CNT, eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf (und dem dazugehörigen Königlichen Erlass) zur Einsetzung der neuen Kommission für Arbeit in den Künsten und zum Königlichen Erlass zur Änderung bestimmter Arbeitslosigkeitsregeln abzugeben.

Die Gewerkschaft CNT gab am 16. Juni 2022 eine negative Stellungnahme zum Gesetzentwurf und zum Entwurf des Königlichen Erlasses über die Einrichtung und die Funktionsweise dieser neuen Kommission ab. Auch der Verwaltungsausschuss des LfA gab eine negative Stellungnahme zum Entwurf des Königlichen Erlasses zur Änderung bestimmter Regeln zur Erwerbslosigkeit ab. Verbände des Sektors haben Verbesserungsvorschläge zu den Gesetzesentwürfen eingereicht.

Am 25. Juli wurden neue Gesetzestextentwürfe veröffentlicht, die von der Regierung in 2. Lesung verabschiedet wurden. Auch diese Fassungen stimmten nicht mit den wichtigsten Anmerkungen der Sozialpartner und der den Sektor vertretenden Verbänden überein. Sie fügen sogar eine große Diskriminierung hinzu, indem sie die Berufe der Filmindustrie gegenüber anderen Kulturberufen bei der Berechnung der nicht entschädigungsberechtigten Tage durch die Verallgemeinerung der "Gagenregel" bevorzugen.

Eine gemeinsame Gewerkschaftsfront, bestehend aus

IRW-CGSP, SETCA und CSC und erweitert um einige Künstler- und Technikerverbände (F.s, ATPS, CCTA, METAL) hat im Mai 2022 im Rahmen des Kollektivs "culture en lutte" Nein zu diesem Reformvorhaben in der ersten Fassung der Gesetzesentwürfe gesagt. In diesem Rahmen haben wir uns mit den zuständigen Ministern getroffen, um ihnen unsere Bedenken mitzuteilen.

Die Hauptgründe, die uns gegen die geplante Reform stimmen, sind:

- Die undurchsichtige Zusammensetzung, die allzu weitreichenden Kompetenzen und die viel zu komplexe Funktionsweise der künftigen Kommission für Arbeit in den Künsten (die bei vielen Anträgen auf Erteilung oder Verlängerung des "Künstlernachweises" zu Verzögerungen führen könnte);
- Die allgemeine Ausdehnung der "Gagenregel" auf dauerhafte Verträge, die dazu führt, dass bestimmte Tage der "Arbeitslosigkeit" nicht entschädigt werden, was

eine Lohndeckelung und eine Ungleichbehandlung der Filmindustrie gegenüber anderen Beschäftigten in diesem Sektor zur Folge hat.

Darüber hinaus ist im Obersten Rat für Kultur und dessen verschiedenen sektoralen Konzertierungskammern keine gewerkschaftliche Vertretung vorgesehen, obwohl diese Beratungsgremien sich mit der umzusetzenden

Kulturpolitik befassen werden, d.h. mit jener Kulturpolitik, die sich auf die Anzahl und die Qualität der Arbeitsplätze im Kultursektor in Wallonien und Brüssel auswirkt.

Die IRW-CGSP bekräftigt, dass eine gewerkschaftliche Präsenz in kulturellen Gremien und eine dem Kultursektor angepasste Sozialversicherung unerlässlich sind, da die Reform in ihrer jetzigen Form für eine beträchtliche Anzahl von Arbeitnehmern die Unsicherheit erhöhen und die Wohlhabenderen unter ihnen in die Selbständigkeit drängen wird.



1. Dieser Artikel wurde am 8. August 2022 verfasst und bezieht sich auf den Artikel in der Tribune vom Dezember 2021.

DER ÖFFENTLICHE DIENST MUSS SICH DEN HERAUSFORDERUNGEN DER UMWELT UND ÜBERLASTETER VERKEHRSNETZE STELLEN

Am 26. April 2022 hat das Föderale Planbüro in Zusammenarbeit mit dem FÖD für Mobilität und Transportwesen die 5. Ausgabe der Langfristigen Prognosen der Verkehrsnachfrage in Belgien (bis 2040) vorgestellt. Angesichts der festgestellten Sättigung der Nachfrage, der Überlastung unserer Straßen und der Spitzenwerte der Umweltverschmutzung ist es mehr denn je Aufgabe des öffentlichen Nahverkehrs, alternative Lösungen zum Straßenverkehr anzubieten.

In den kommenden Jahren wird der Personenverkehr, insbesondere mit dem Zug, in Belgien seinen Höchststand erreichen. Die Studie des Planbüros zeigt, dass diese Entwicklung vor allem der Verbreitung von Home-Office und der Alterung der Bevölkerung geschuldet ist.

PERSONENVERKEHR STOCKT

Infolge des erwarteten Anstiegs der Arbeitnehmer im Homeoffice sinkt die durchschnittliche Anzahl der pro Person zurückgelegten Kilometer in Belgien bis 2040 im Vergleich zu 2019 um etwa 1 %. Das Auto bleibt das dominierende Verkehrsmittel. Bahnfahrten werden besonders stark betroffen sein, da das typische Profil der Nutzer ziemlich genau dem der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht, die von Zuhause arbeiten kann und möchte. Mit zunehmendem verfügbarem Haushaltseinkommen nehmen jedoch auch die Einkaufs- und Freizeitfahrten zu, insbesondere mit dem Zug.

Angesichts dieser Studienergebnisse sollte den Behörden klar werden, dass die Forderung nach dem Ersetzen von Kurzstreckenflügen durch ein angemessenes Zugangebot, insbesondere nachts, überall in Europa immer dringlicher wird.

MEHR STAUS AUF DEN STRASSEN

Die Zunahme des Güterverkehrs führt zu einem Anstieg des Verkehrsaufkommens, der, wenn nichts weiter unternommen wird, aufgrund von überlasteten Straßen zu einer verringerten Geschwindigkeit auf dem Straßennetz führt. Diese Geschwindigkeitsverringering beträgt zu Spitzenzeiten auf den Hauptverkehrsachsen in und um die Ballungsräume Antwerpen und Gent zwischen 10 % und 11 % und in anderen Teilen Belgiens 6 %.

Die Studie des Planbüros geht davon aus, dass die Treibhausgasemissionen dank Einführung neuer Euro-Normen und einer „grüneren“ Besteuerung von Autos (schrittweises Fahrverbot für Autos mit Verbrennungsmotor) sinken werden. Wir sind hier weniger optimistisch, da weder die



Politik in Sachen Firmenwagen noch die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf die Luftverschmutzung berücksichtigt werden.

AUF DEM WEG ZUR NACHHALTIGEN MOBILITÄT

Diese Studie des Planbüros zeigt, wie wichtig es ist, die öffentliche Mobilitätspolitik langfristig zu planen. Eine nachhaltige Mobilität muss alle Formen des Verkehrs, d.h. den öffentlichen Personennahverkehr, den aktiven (Fußgänger und Radfahrer), den gemeinsam genutzten (Fahrgemeinschaften) und den multimodalen (Huckepack, Binnenschifffahrt) fördern.

Um die Auswirkungen einer intensiven Autonutzung zu verringern und die Lebensqualität aller zu verbessern, müssen wir daher das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln stetig ausbauen, die Bedingungen für den aktiven Verkehr verbessern, damit mehr Wege zu Fuß und mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, und gleichzeitig den Stellenwert des Autos im städtischen Raum überdenken. Im Bereich der Netzinfrastruktur erfordert dies, dass die Energie- und Mobilitätsplanung aufeinander abgestimmt werden.

Der Übergang zu einer nachhaltigen Mobilität ist eine kollektive Herausforderung, die erhebliche Investitionen erfordert wird, um die Qualität des bestehenden Netzes aufrechtzuerhalten, mehr und erschwingliche Leistungen anzubieten und ein leistungsfähigeres Netz sowie einen besseren Service zu gewährleisten.

SONNENFINSTERNIS. EINTAUCHEN IN DAS KERNWESEN DES TOTALITARISMUS

Mit diesem 1940 erschienenen Klassiker war Arthur Koestler (1905-1983) einer der ersten Linksintellektuellen, der die Hölle der stalinistischen Säuberungen beschrieb. In der Geschichte des Nikolaus Rubachow wird der totalitäre Mechanismus beschrieben, wo menschliches Leben nichts mehr wert ist und der Einzelne angesichts der Allmacht des Parteistaats nichts bedeutet.

Arthur Koestler ist ein Kind des 20. Jahrhunderts. Er wurde 1905 in Ungarn in einer jüdischen Familie geboren und wurde in den 20er Jahren Journalist.

EIN LEBEN ALS MILITANT

Seine linken Überzeugungen finden ihre Wurzeln in der Gründung eines Kibbuz in Palästina. Er wird Journalist und tritt 1932 der Kommunistischen Partei bei. Von der Partei in die UdSSR geschickt, erlebt er die Agrarkollektivierungen, die später die schrecklichen Hungersnöte in der Ukraine verursachen. Anschließend wird er nach Spanien geschickt, um den Bürgerkrieg zu verfolgen. Er wird von Franco gefangen genommen, gefoltert und zum Tode verurteilt. Seine Rettung verdankt er nur einer Pressekampagne zu seinen Gunsten.

1938 berichtet er über die Moskauer Prozesse. Der Schock ist groß: Er erfährt von den stalinistischen Säuberungen und den Moskauer Prozessen, in denen ehemalige Gefährten Lenins belastet werden, die von Stalin des Abwechertums beschuldigt werden. Als er 1939 nach Paris zurückkehrt, wird er dort als "unerwünschter Ausländer" verhaftet und im Lager Le Vernet in den Pyrenäen interniert.

Diese Erfahrungen führen ihn dazu, die "bösen Mächte" zu hinterfragen, die den Menschen versklaven und Stalinismus und Faschismus als die beiden Seiten ein und derselben Medaille, nl. des Totalitarismus, zu benennen. Totalitarismus entsteht dort, wo man zu der Auffassung gelangt, dass "der Einzelne nichts ist, die Partei jedoch alles". Sonnenfinsternis wurde 1940 in England veröffentlicht. Die französische Ausgabe erschien 1945 und die Kommunistische Partei Frankreichs bemühte sich, alle Exemplare aufzukaufen... Doch obwohl der Roman eine klare Anklage gegen den Stalinismus ist, ist er nicht anti-kommunistisch!

EINE UNERBITTLICHE LOGIK

Die Handlung des Buches spielt in einem unbekanntem Land, aber man erkennt natürlich die UdSSR unter Stalin. Der Parteifunktionär Rubaschow wird aufgrund einer Denunziation durch seine Sekretärin verhaftet. Er fragt sich, warum,

wo er doch selbst ein eifriger Agent des Regimes der Nummer Eins war. Es beginnt die Zeit des Eingesperrtseins und der Verhöre durch seinen ehemaligen Kameraden Iwanof, aber auch die Zeit der Erkenntnis jener schrecklichen Logik, die sich hinter dem, von den Behörden gepriesenen, gemeinsamen Traum verbirgt.



In einem totalitären Machtsystem ist der Mensch nichts. Ihm gegenüber steht der Humanismus, in dem der Mensch eine Unendlichkeit an Möglichkeiten beherbergt. Diese unerbittliche Logik, in der freier Wille und Wahrheit abgeschafft werden, führt dazu, dass man Verbrechen gesteht, die man nie begangen hat.

HEILIGT DER ZWECK DIE MITTEL ?

Das ganze Drama spielt sich in Rubachows Gewissen ab. Wie seine Henker wurde er mit derselben Logik gefüttert. Wie sie glaubt auch er, dass jede falsche Idee ein Verbrechen an zukünftigen Generationen ist und dass die einzig gültige Regel lautet, der Zweck heiligt die Mittel. Er zweifelt, quält sich, stellt sich Fragen und entdeckt schließlich - während überall der Sieg des bösen Genies verkündet wird - die Macht seines Denkens wieder, eine Art Cogito, in dem sich seine Existenz in seinen absoluten Zweifeln rechtfertigt.

In der Einsamkeit seiner Zelle entdeckt er das "Ich" wieder, das jahrelang geschwiegen hatte und das durch seine Dogmenunterwerfung auf die Rolle einer "grammatikalischen Fiktion" reduziert worden war. Aber gibt es auf alle Fragen auch Antworten? Das Gewissen ist ein zweiseitiges Schwert. Kaum ist es wieder erwacht, erhebt es sich zum Richter. Das Gefühl, dass er für seine eigenen Fehler büßen muss, ergreift von ihm Besitz und bringt ihn dazu, jeden Kompromiss abzulehnen. Um seinen Verpflichtungen treu zu bleiben, willigt er ein, zu gestehen und zu sterben, als wäre dieses Opfer eine Rettung für die Geschichte und würde die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in sich tragen.

Dieser Roman ist keine Fiktion, er ist eine Spur dessen, was man versucht hat zu beseitigen. Ein Akt des Widerstands, eine Warnung, allen Mächten zu misstrauen, die das Glück der Menschheit anstreben, indem sie einen Teil derselben, nämlich jenen, der als abweichend von der stets schwankenden, offiziellen Linie gilt, ausschließen, einsperren oder vernichten.

AUCH BELGIEN STEHT IM FOKUS

Wie jedes Jahr hat der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) im Juni die Ausgabe 2022 des jährlichen Index der weltweiten Arbeitnehmerrechte veröffentlicht.

Für den IGB ist diese jährliche Analyse von größter Bedeutung, da "Arbeitsplätze (...) an vorderster Front stehen, wenn es darum geht, die Demokratie zu verteidigen". Das Fazit ist nicht von der Hand zu weisen: In vier von fünf der insgesamt 148 untersuchten Länder werden Tarifverhandlungen behindert, und in einem Drittel der Länder werden Arbeitnehmer:innen brutal behandelt. Allein in Europa hat sich die Zahl der Länder, in denen Beschäftigte körperlicher Gewalt ausgesetzt sind, innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt, von 12 % im Jahr 2021 auf 26 % im Jahr 2022.

Der Bericht zeigt eine weitere Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte und eine Einschränkung von Freiheiten in den 148 untersuchten Ländern auf. Insbesondere wird festgestellt, dass:

- Die Beschäftigten in 77% der Länder das Recht auf die Gründung von oder den Beitritt zu einer Gewerkschaft verwehrt wird;
- sie in einem Drittel der Länder physischer Gewalt ausgesetzt sind;
- das Streikrecht und die Freiheit, in Kollektivverhandlungen zu treten, in 87% bzw. 79% der Länder nicht respektiert werden;
- Gewerkschaftsmitglieder in 13 Ländern ermordet wurden;
- Beschäftigte in 69 Ländern festgenommen und inhaftiert wurden.

In diesem Jahr sind Guatemala und Eswatini (seit 2018 neuer Name von Swasiland) neben Bangladesch, Belarus, Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Myanmar, den Philippinen und der Türkei neu in die Liste der zehn schlimmsten Länder für Arbeitnehmer:innen aufgenommen worden.

WIE WIRD DER IGB-INDEX GELESEN ?

Die untersuchten Länder werden auf einer Skala von 1 bis 5+ eingestuft, je nachdem, inwieweit sie die Rechte der Beschäftigten (miss)achten. Die zugrunde liegenden Daten stammen sowohl aus den Antworten nationaler Gewerkschaften auf den jährlichen IGB-Fragebogen als auch aus Informationen, die im Rahmen des Überwachungssystems der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO, über ihren Ausschuss für Vereinigungsfreiheit und ihren Sachverständigenausschuss) gewonnen wurden.

Kategorie 1 betrifft Länder, in denen es sporadisch zu Verstößen kommt. In diese Kategorie fallen Dänemark, Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Norwegen, Österreich und Schweden.

In Kategorie 5 werden Staaten erfasst, in denen es keine garantierten Rechte für die Beschäftigten gibt.¹

UND WAS IST MIT BELGIEN ?

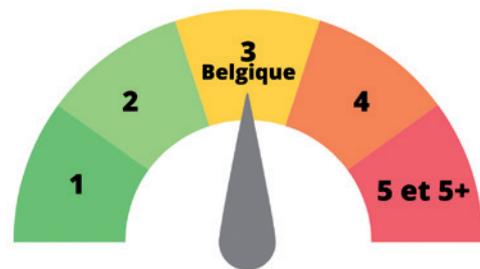
In der Kategorie 3 "Regelmäßige Rechtsverletzungen" gehört Belgien zu den schlechtesten Schülern in Europa, wenn es um die Achtung von Arbeitnehmerrechten geht.

Der IGB stellt fest, dass die Anwendung von Artikel 406 des Strafgesetzbuches ("böartige Behinderung des Verkehrs") im Falle von Streikaktionen die Fähigkeit zur Durchführung kollektiver Aktionen erheblich beeinträchtigt. Er weist darauf hin, dass diese Bestimmung die Grundlage für die schweren Strafen gegen 17 unserer Genossinnen und Genossen ist.

Der IGB erwähnte auch die Klage gegen ein CGSP-Mitglied, das ohne Beweislage für Straßenbeschädigungen verantwortlich gemacht wurde, nur weil es einer der Verantwortlichen für die Streikaktion war.

Dieser Bericht und viele weitere Daten sind abrufbar unter www.globalrightsindex.org.
l'action de grève.

Ce rapport, et bien d'autres données, sont consultables sur le site www.globalrightsindex.org.



La pire région au monde

RÉGION	2022	CLASSEMENT
MENA	19 pays	4,53 Notes allant de (4) violations systématiques des droits à (5) aucune garantie des droits
Asie-Pacifique	23 pays	4,22 Notes allant de (4) violations systématiques des droits à (5) aucune garantie des droits
Afrique	42 pays	3,76 Notes allant de (3) violations régulières des droits à (4) violations systématiques des droits
Amérique	25 pays	3,52 Notes allant de (3) violations régulières des droits à (4) violations systématiques des droits
Europe	39 pays	2,49 Notes allant de (2) violations réitérées des droits à (3) violations régulières des droits

1. Zur Kategorie 5+ gehören jene Staaten, in denen die Rechte aufgrund des Zusammenbruchs der Rechtsstaatlichkeit nicht garantiert werden.
2. Die MENA-Region besteht aus dem Nahen Osten und Nordafrika.

DIE FÖDERALREGIERUNG HAT SICH IM JULI AUF 3 NEUE MASSNAHMEN ZUR REFORM DES RENTENSYSTEMS GEEINIGT. UM WELCHE MASSNAHMEN HANDELT ES SICH?

RENTENREFORM ODER -REFÖRMCHEN? URTEILEN SIE SELBST.

In der Presse wurde viel darüber berichtet, aber was hat die Vivaldi-Regierung jetzt konkret beschlossen?

Die Gewerkschaftsorganisationen haben nur wenige Informationen über die Gespräche erhalten, die zu dieser politischen Vereinbarung geführt haben, so dass es schwierig ist, sich ein klares Bild dieser Vereinbarung zu machen.

Da dem Parlament (zum Zeitpunkt der Redaktion des Artikels) noch kein Textvorschlag vorlag, ist es schwierig, hier darüber eine Aussage zu treffen...

MASSNAHME 1: ANSPRUCH AUF MINDESTRENTE

Diese Maßnahme zielt auf das Rentensystem für Selbstständige und Arbeitnehmer, aber auch für Vertragsbedienstete im öffentlichen Dienst, jedoch (noch) nicht für statutarische Bedienstete ab.

Derzeit:

Wenn ein Vertragsbediensteter in Pension geht, wird die Höhe seiner Pension nach Maßgabe dessen beruflicher Tätigkeit (einschließlich der Arbeitslosigkeits- und Krankheitsperioden) berechnet.

Ist der errechnete Betrag nicht sehr hoch, wird der Föderale Rentendienst eine garantierte Mindestrente berechnen.

Diese Berechnung erfolgt unter der Voraussetzung, dass der/die zukünftige Rentner mindestens 30 Jahre lang erwerbstätig war (in zwei Drittel oder halbtags als Selbstständiger, Arbeitnehmer, Vertragsbeschäftigter, Arbeitsloser oder Invalide).

"Reform"

Die Vivaldi-Regierung hat für die Eröffnung dieses Anspruchs noch eine zusätzliche Bedingung hinzugefügt...

Wenn nach der Berechnung der Rentenhöhe diese nicht sehr hoch ausfällt, müssen neben 30 Berufsjahren (einschließlich gleichgestellter Zeiten wie Arbeitslosigkeit und Krankheit) auch 20 Berufsjahre tatsächlicher Erwerbstätigkeit (mindestens in Halbtagsarbeit) nachgewiesen werden, um die Prüfung einer garantierten Mindestrente eröffnen zu können.



Die CGSP stellt sich einige Fragen:

Warum werden die Jahre als statutarischer Bediensteter des öffentlichen Dienstes immer noch nicht in die 30 Jahre für die Mindestrente eingerechnet (ungeachtet der Wahlprogramme in 2019 der Parteien ebendieser Regierung, in denen das Ende dieser Regel gefordert wird)?

Wenn diese Jahre in der Berechnung der 30 Jahre nicht angerechnet werden, ist auch sehr wahrscheinlich (oder gar sicher?), dass für die Berechnung der 20 effektiv gearbeiteten Jahre die Beschäftigung als statutarischer Bediensteter ebenfalls nicht in Anrechnung kommt. Wie sieht es denn mit Arbeit im Ausland aus?

Für wen ist diese Maßnahme gedacht?

Dieses neue System würde 2024 in Kraft treten.

Personen, die am 1. Januar 2024 die Eingangsvoraussetzungen für die Mindestrente (strikt oder flexibel) erfüllen und mindestens 55 Jahre alt sind, sind von der Voraussetzung der tatsächlichen Arbeit befreit.

Das Abkommen sieht auch gelockerte Bedingungen für Langzeitkranke vor.

Wer wurde bei dieser Maßnahme vergessen?

Der Kollege oder die Kollegin, die den Maßnahmen der vorherigen Regierung und deren Pensionsministers zum

Opfer fielen, da letzterer eine Maßnahme einführte, die es nicht mehr erlaubt, die als Vertragsbediensteter in einem öffentlichen Dienst vor Dezember 2017 geleisteten Dienste im Falle einer ersten Ernennung nach diesem Datum zu berücksichtigen...

Warum?

Die zusätzliche Bedingung von 20 Berufsjahren beinhaltet nicht jene Arbeitsleistungen, die als statutarischer Bediensteter erbracht wurden!

Beispiel:

Denis war 9 Jahre lang Selbständiger, 6 Jahre lang als Arbeitnehmer beschäftigt und 4 Jahre lang Vertragsbediensteter, d. h. er hat 19 Jahre lang effektiv gearbeitet. Er wurde 2020 statutarischer Bediensteter und könnte 2039, also nach 19 Jahren, in Rente gehen.

Da er die Bedingung von 20 Jahren Arbeit als Selbständiger oder Arbeitnehmer nicht erfüllt, erfolgt keine Prüfung des Anspruchs auf garantierte Mindestrente als Arbeitnehmer oder Selbständiger...

Ok, aber es gibt doch auch die Mindestrente für Beamte?

Tatsächlich ja, aber diese wird unter der Bedingung berechnet, dass man bei Erreichen des Rentenalters 20 Jahre Vollzeitäquivalent vorweisen kann (einzige Ausnahme: medizinische Gründe).

- Einerseits zählt hier auch die Familiensituation (Zivilstand verheiratet).
- Andererseits werden, wenn andere Renten bezogen werden, diese von dem berechneten Zuschlag abgezogen.
- Und schließlich zählt auch, ob man noch einer bezahlten Tätigkeit nachgeht oder nicht.

Im vorliegenden Fall hat Denis keinen Anspruch auf die Mindestrente als Arbeitnehmer, Selbständiger oder Beamter!

MASSNAHME 2: RENTENBONUS

Gute Nachrichten: Die Vivaldi-Regierung wird wieder einen Rentenbonus einführen.

Zur Erinnerung: Der Rentenbonus wurde seinerzeit unter der vorherigen Regierung auf Antrag derselben Parteien, die heute seine Rückkehr fordern, abgeschafft...

„Nur ein Narr ändert nie seine Meinung“, sagte seinerzeit Jacques Chirac (ehemaliger Präsident Frankreichs) und unserer Meinung nach hat er innerhalb der MR-Partei Nachahmer gefunden....

Was sieht diese Maßnahme vor?

Für Personen, die über ihr frühestes Renteneintrittsdatum hinaus Leistungen erbringen, wird wieder ein Rentenbonus eingeführt.

Dieser "Bonus" ist noch nicht festgelegt (zwischen 2 und 3 Euro pro Tag).

Das Abkommen sieht Bedingungen für die Inanspruchnahme vor, eine Höchstdauer sowie Bedingungen hinsichtlich der effektiv geleisteten Arbeitsjahre...

Schließlich stellt sich die Frage, wie dieser "Rentenbonus" bei der Gewährung einer Hinterbliebenenrente berücksichtigt wird. Wenn es sich um einen "Zuschlag" zur Rente handelt, wird er bei der Berechnung der Hinterbliebenenrente nicht berücksichtigt.

MASSNAHME 3: AUFWERTUNG VON TEILZEITARBEIT

Die CGSP stimmt dieser Maßnahme, die vor allem den Frauen zugutekommen wird, voll und ganz zu, aber da wir keinen Einblick in die Gesetzestexte zu dieser Maßnahme haben, können wir keine Aussage über die konkreten Fortschritte treffen, die durch sie erreicht werden sollen.

FAZIT

Die CGSP ist erfreut, dass die Politiker nach jahrelangen Kürzungen durch die vorangehende Regierung (Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters, Änderung der Berechnungsregeln, ...) endlich wieder positives Interesse an den Renten zeigen.

Dennoch gibt es viele offene Fragen. Deshalb wird die CGSP sich weiterhin für dieses Thema sowie für das Recht jedes Beamten des öffentlichen Dienstes (ob ernannt oder unter Vertrag) auf eine angemessene Pension einsetzen, so dass diese so lange wie möglich und bei guter Gesundheit genossen werden kann.

